

Rekordeinnahmen für das Land

Landesregierung schreibt trotz Rekordeinnahmen ein Minus. Die Pflegekosten steigen weiter.

BREGENZ Damit hat die Landesregierung nicht gerechnet – zumindest nicht, als sie im Jahr 2024 das Budget für 2025 aufstellte. Das Land Vorarlberg hat wesentlich mehr Geld eingenommen als erwartet. Zwar sind auch die Ausgaben im Vergleich zu den Plänen gestiegen – ein Sparkurs und die höheren Einnahmen führen allerdings dazu, dass das Minus geringer ausfällt als erwartet. Es bleibt aber ein Minus. Die Regierung richtet den Blick auch schon nach vorne. Auch bei der Pflege.

Denn diese Ausgaben steigen. Im Jahr 2015 gab die Landesregierung für den Pflegebereich rund 108 Millionen Euro aus. Heuer planen ÖVP und FPÖ mit 246 Millionen Euro. Die Landesregierung hat sich deshalb vor einem Jahr mit der Pflegebranche zusammengesetzt, um die Heimfinanzierung auf neue Beine zu stellen. „Damit haben wir uns zum Ziel gesetzt, die stationäre Langzeitpflege stabil zu finanzieren“, erläutert Soziallandesrätin Martina Rüscher (ÖVP) im Gespräch mit den VN. Das sei gelungen. Und durch die Prognosen wisse man, was bis 2035 auf das Land zukommt. Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) betont dennoch: „Wir rechnen mit weiteren Steigerungen.“ Noch könne man die Ausgaben ohne neue Einnahmen decken. „In Zukunft wird man aber sehen, wohin die Reise geht.“



Die Pflegefinanzierung wird zur großen Herausforderung für die Zukunft. APA



Bitschi und Wallner präsentierten den Rechnungsabschluss für 2025. LAND VBG

Was das neue Finanzierungsmodell für die Heime selbst bedeutet, ist auch sechs Monate nach dessen Einführung noch unklar, sagt Deborah Blümel, Geschäftsführerin des Landesverbands der Heim- und Pflegeleistungen (LHPV). „Das war ein kompletter Paradigmenwechsel. Es braucht sicher noch ein biss-

chen Zeit, um die Auswirkungen einordnen zu können.“

Defizit fällt geringer aus

Diese Änderungen seien nicht dazu da gewesen, im aktuellen Budget einzusparen, hält Wallner fest, als er am Dienstag gemeinsam mit Landesstatthalter Christof Bitschi den Rechnungsabschluss präsentierten. Und dabei vergleichsweise gute Nachrichten hat: Die Regierung ging beim Nettoergebnis nach Rücklagen – also bei der Gewinn- und Verlustrechnung des vergangenen Jahres – davon aus, 183 Millionen Euro weniger einzunehmen als auszugeben. Tatsächlich sind es aber 70 Millionen Euro geworden. Das liegt vor allem daran, dass

die Landesregierung 187 Millionen Euro mehr eingenommen hat als geplant und kommt auf Gesamteinnahmen von über 2,6 Milliarden Euro. So viel war es noch nie. Sie gab allerdings auch etwas mehr aus.

Zumindest in dieser Betrachtungsweise. Für die Regierung ist aber auch das Nettofinanzierungsergebnis wichtig, also Ein- und Ausgaben, aber ohne Finanzierungstätigkeiten wie für Kredite. Darin bildet sich auch der Sparkurs ab: Die Landesregierung erwartete ein Minus von 221 Millionen Euro, am Ende sind es 143 Millionen Euro geworden. Einerseits auch wieder, weil die Regierung mehr eingenommen hat, andererseits, weil die Ausgaben dabei geringer sind als gedacht (die VN berichteten). 12,5 Millionen Euro hat die Regierung zum Beispiel im Straßenbau gespart, rechnet Bitschi vor. „Die Preise liegen deutlich unter der Kalkulation“, erklärt er.

Auch heuer sei man auf dem Budgetpfad, sagt Wallner, trotz Ge-

meindefinanzhilfe für 20 Millionen Euro. Noch sei unklar, ob man dafür ein neues Darlehen braucht – der Landtag wird heute, Mittwoch, ein solches aber vorsorglich schon beschließen.

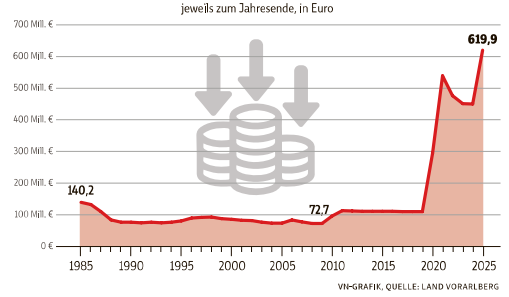
Die Parteienförderung sei eingefroren, zudem prüfe man jede personelle Nachbesetzung im Landesdienst penibel. „Wir sind auch schon sehr damit beschäftigt, das Jahr 2027 vorzubereiten“, blickt der Landeshauptmann weiter – auch auf das Jahr 2028. „Die Bundesregierung plant, die Lohnnebenkosten um 2,2 Milliarden Euro zu senken.“ Da werde entscheidend, wer das bezahlt. „Meine Meinung dazu: der Bund.“

MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
0676 88005693

EINFACH MEHR ERFAHREN

<https://VOL.AT/suppgz>

Entwicklung des Schuldenstandes des Landes Vorarlberg



Keine Erhöhung der Parteienförderung

Die Bundesregierung friert die Parteienförderung für 2027 und 2028 ein.

WIEN Die Bundesregierung hat sich in Sachen Parteienförderung geeinigt. Die Parteien-, Klub- und Akademien-Förderungen werden in den kommenden beiden Jahren 2027 und 2028 nicht erhöht, gab Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) am Dienstag bekannt. „In Zeiten, in denen alle einen Beitrag leisten müssen, tragen auch die Parteien zur Budgetkonsolidierung bei“, erklärte er in einer Aussendung. Die Frage der Förderung war bis zuletzt vor der Budgetrede von Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) am Mittwoch noch zwischen den Koalitionspartnern SPÖ, ÖVP und NEOS offen. Insbesondere für die NEOS war es undenkbar, hier ein Plus entlang der Inflation zu ermöglichen, während in vielen anderen Bereichen gespart werden muss.

Babler: „Klares Signal“

Auch Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) gab sich in einem schriftlichen Statement mit der Einigung zufrieden: „Wenn wir sagen, alle müssen einen Beitrag leisten, dann gilt das auch für die Politik. Mit dem Einfrieren der Parteien-, Klub- und Akademieförderung konnten wir heute gemeinsam einen Beitrag der Politik fixieren. Es ist gut, dass wir jetzt endlich ein klares Signal senden.“ NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger betonte, ihrer Partei sei „Sparen im System“ immer wich-



Christian Stocker (ÖVP) sieht im Einfrieren der Parteienförderung einen Beitrag der Politik zur Budgetkonsolidierung. APA

tig gewesen. „Für uns NEOS war von Anfang an klar: In einer Zeit der Krise, in der alle den Gürtel enger schnallen müssen, müssen die Parteien auch bei sich selbst sparen“, sagte sie in einem schriftlichen Statement. Es sei „gut, dass es in der Regierung jetzt Einigkeit darüber gibt, dass wir die Parteienförderung zwei Jahre lang nicht erhöhen.“ Vom Volumen her sei die Parteienförderung „nichts im Vergleich zu den großen Brocken im Budget“, so ehrlich müsse man sein, ergänzte NEOS-Generalsekretär Douglas Hoyos. „Aber wir halten die Signalwirkung für enorm wichtig.“

Opposition begrüßt Schritt

Die Opposition begrüßte die Entscheidung. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz sah einen „wichtigen Erfolg der FPÖ“. Der öffentliche Druck, den Parteichef

Herbert Kickl aufgebaut habe, habe sich „am Ende ausgezahlt“, sagte er in einer Aussendung. Man könne nicht davon sprechen, „dass ÖVP und SPÖ klüger geworden sind“. „Sie haben unter dem massiven öffentlichen Druck die Erhöhung der Parteienförderung in letzter Sekunde abgeblasen, weil sie in den Vorbereitungs-handlungen erwischt wurden und die FPÖ nicht einfach zugesehen hat, wie sich die Politik die Taschen vollstopft, während sie den Menschen das Geld aus den Taschen herauszieht“, so Schnedlitz.

Die Grünen sprachen gegenüber der ORF-„ZIB“ von einem richtigen Schritt. „Ich denke, es ist gut, dass die Politik ein Zeichen setzt, dass sie auch bei sich selbst spart, wenn sie beispielsweise Geringverdienerinnen 700 Euro zusätzlich aufbrummt an Abgaben“, sagte der Budgetsprecher der Oppositionspartei, Jakob Schwarz.

NEOS hinterfragen Zahl der Hochschulen

WIEN Die NEOS wollen die Zahl der Hochschulen in Österreich auf den Prüfstand stellen. Man müsse sich im Zuge der Erarbeitung einer Hochschulstrategie die Frage stellen, wie man mehr Exzellenz, bessere Talentförderung, höhere internationale Sichtbarkeit, kürzere Studiendauern und eine höhere Abschlussquote schaffe, sagte Wissenschaftssprecherin Martina von Künsberg Sarre. Die internationale große Anzahl von 77 Einrichtungen und 3600 Studien müsse man kritisch hinterfragen. Die NEOS diskutierten am Montag mit dem ehemaligen EU-Generaldirektor für Forschung und Innovation Robert-Jan Smits im Parlament über

notwendige strategische Weichenstellungen im Hochschulbereich. Der österreichische Standort werde in Zukunft nur attraktiv sein und mithalten können, wenn man gut aufgestellt sei, meinte von Künsberg Sarre. „Im vom Wissenschaftsministerium gestarteten Prozess zur Hochschulstrategie 2040 soll diskutiert werden, ob und wie die Hochschullandschaft neu geordnet werden soll. Ein Endbericht ist für das erste Quartal 2027 geplant. Zuletzt waren allerdings aufgrund der geplanten Sparmaßnahmen im Universitätsbereich die Universitätskonferenz und die Privatuniversitätenkonferenz vorerst aus dem Prozess ausgestiegen.“

„Wertvolle Kinder“-Vortrag: „Unsichtbare Wunden“

DORNBERN Zum Saisonabschluss spricht Prof. Miriam Rassenhofer am 10. Juni 2026 um 20 Uhr im ORF-Landesstudio Dornbirn in der Reihe „Wertvolle Kinder“ des Vorarlberger Kinderdorfs über ein folgenreiches Thema: die Vernachlässigung und psychische Misshandlung von Kindern. Sie beleuchtet Auftretenshäufigkeiten, Risikofaktoren sowie Folgeerscheinungen. Außerdem stellt sie aktuelle Forschungsergebnisse vor und gibt Einblick in neue Ansätze zur Intervention.



Prof. Miriam Rassenhofer referiert in Dornbirn. VORARLBERGER KINDERDORF

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung erforderlich: Andrea Pfanner, Tel: 0676/6912787, a.pfanner@voki.at, www.vorarlberger-kinderdorf.at